

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit durch Einführung des Passiv-Aktiv-Transfers**

Verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit stellt Bremen und Bremerhaven vor große Herausforderungen. Die bisherigen Instrumente zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit müssen überprüft und neue, kreative Lösungen gefunden werden. Als ein Instrument öffentlich geförderter Beschäftigung wurde in den vergangenen Jahren der sogenannte Passiv-Aktiv-Transfer (PAT) entwickelt. Die Idee des Passiv-Aktiv-Transfers ist es, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Die passiven Leistungen, die Grundsicherung und die Kosten der Unterkunft (KdU), die Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB) erhalten, sollen dabei zur Finanzierung eines sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses verwendet werden. Hierdurch sollen Arbeitsverhältnisse zu tariflicher oder ortsüblicher Entlohnung begründet werden. Zudem ist es wichtig, die richtige Zielgruppe an SGB-II-Leistungsempfängerinnen und SGB-II-Leistungsempfänger zu identifizieren und ihnen diese Möglichkeit auf freiwilliger Basis anzubieten.

Das bislang größte Modellprojekt zum Passiv-Aktiv-Transfer wurde in Baden-Württemberg mit Landesmitteln und nicht durch Umwidmung von Leistungen (Kosten der Unterkunft [KdU] und Grundsicherung) durchgeführt. Die Ergebnisse des Projekts werden gerade evaluiert, zeigen jedoch bereits eindeutige Erfolge: Drei Viertel aller durch den PAT geförderten Menschen konnten auch im Anschluss eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nachweisen und erhalten heute keine Leistungen mehr aus dem SGB II. Dies schafft auch fiskalische Vorteile, da so ein höherer Rückfluss an Steuern und Sozialabgaben erfolgt. Die Mehrheit der Betriebe würde erneut an einem solchen Programm teilnehmen und ist zufrieden mit der Leistung, Zuverlässigkeit und Entwicklung der geförderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die gesellschaftliche Teilhabe der Geförderten sowie die Lebenszufriedenheit sind gestiegen, und sie fühlen sich den Herausforderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt gewachsen. Aus Baden-Württemberg wird ein klares Votum für ein bundesweites PAT-Programm gesendet.

Aufgrund der positiven Ergebnisse in Baden-Württemberg folgen auch andere Länder dem Beispiel. Thüringen startete im Sommer 2015 zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit den Modellversuch zur Aktivierung finanzieller Mittel für Beschäftigungsförderung durch die Einsparung passiver Leistungen der Grundsicherung. Dieser Modellversuch „Mehr wert sein – Mehrwert schaffen“ schafft 60 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

Für die flächendeckende Einführung des PAT wären Änderungen des Sozialgesetzbuchs nötig, die bisher scheiterten. Gleichwohl zeigen die Erfahrungen, dass es in Arbeitsmärkten mit verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit sinnvoll sein kann, die bundesgesetzlich (noch) nicht mögliche Aktivierung bislang nur passiver Leistungen der Grundsicherung (Bund), KdU-Leistungen (Kommune) durch den Einsatz von Landesmitteln in Kombination mit Mitteln aus dem Eingliederungstitel des Bundes temporär zu kompensieren.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich mit einer erneuten Bundesratsinitiative für die bundesweite Einführung des Passiv-Aktiv-Transfers als Instrument der Beschäftigungsförderung einzusetzen,

2. die positiven Erfahrungen der Modellversuche in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Thüringen zu analysieren und eine Übertragbarkeit auf Bremen zu untersuchen,
3. zu prüfen, inwieweit mit einer Kombination von Mitteln aus dem Eingliederungstitel mit Landes- oder kommunalen Mitteln der seit Jahren auf Bundesebene geforderte Passiv-Aktiv-Tausch, ähnlich wie in anderen Bundesländern, im Land Bremen vergleichbar ausgestaltet werden kann.

Dieter Reinken, Sybille Bösch,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Björn Fecker, Dr. Kirsten Kappert-Gonther,
Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen